

Offener Brief

Berlin / Neustadt an der Weinstraße, den 19.01.2009

SED - Opfer protestieren gegen die geplante Zerschlagung der Birthler-Behörde

Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft, die über 30 SED-Widerstands- und Opfervereine sowie verschiedene Aufarbeitungsinitiativen vertritt, nimmt mit Empörung zur Kenntnis, wie "antifa"-inspirierte Kräfte, denen die konsequente Aufarbeitung der SED-Diktatur seit je ein Dorn im Auge war, die Bundesbehörde für die Stasi-Unterlagen immer wieder infrage stellen und deren Arbeit beschränken oder sogar beenden möchten.

Besonders irritierend ist es, dass Politiker der Union diesem Trend nicht nur nicht mehr entgegentreten, sondern wie beispielsweise Bundesinnenminister Schäuble, Ex-DDR-Ministerpräsident de Maizière, Ex-DDR-Innenminister Diestel oder neuerlich auch der CDU-Bundestagsabgeordnete und ehemalige DDR-Bürgerrechtler Vaatz, der selber aus politischen Gründen in MfS-Haft war, dieses Begehren unterstützen. Kein Mensch dürfte es sich in Deutschland erlauben, die weitere Aufarbeitung der nationalsozialistischen Diktatur infrage zu stellen, weil sie zu hohe Kosten verursache. Hier nicht zu sparen, gibt es in der Tat gute Gründe, die allerdings auch für die Aufarbeitung der politischen Verbrechen der zweiten deutschen Diktatur gelten.

Immerhin müssen sich die genannten Christdemokraten von dem nichtchristlichen Philosophen Peter Sloterdijk vorwerfen lassen, dass sie sich, wie er in einem Cicero-Interview zum Jahresbeginn betonte, von jeder religiösen Ethik verabschiedet haben und die Moral "in die Selbstregulierung des Marktsystems" auszulagern suchen. Kleinkariertheit und Engherzigkeit sind jedenfalls die schlechtesten Berater in einer gesellschaftlichen Krisensituation wie der heutigen, deren Hauptgefahr in der ideologischen Ausbeutbarkeit durch neue totalitäre Kräfte besteht wie das Beispiel der Partei "Die Linke" fast täglich zeigt.

Sloterdijk brachte es auf den Punkt: "Das frühe 20. Jahrhundert hat sich vor allem dadurch ausgezeichnet, dass es das 5. Gebot kaltblütig außer Kraft setzte: Du sollst nicht töten. Faschismus und Kommunismus haben gemeinsam, dass sie im Namen einer besseren Zukunft für Rassen- oder Klassenkollektive Großtötungs-Lizenzen in Anspruch nahmen." Abgesehen davon, dass wir den Nationalsozialismus nicht mit dem Begriff "Faschismus" verharmlosen, sind wir dank unserer eigenen Erfahrungen lange zuvor zu dieser Ansicht gelangt, dass es keine antifaschistischen Geschichtsdeutung geben darf, die das kommunistische "Verbrechensuniversum" (Sloterdijk) im Verhältnis zum nationalsozialistischen relativiert, weil beide sich in ihrer Verbrechensintensität in nichts nachstanden.

Rainer Wagner

- *Vorsitzender der UOKG e.V.* -

Siegmar Faust

- *Mitglied des Vorstands der UOKG e.V.* -